



Positionspapier der kfd

nachhaltig und geschlechtergerecht weltweit

KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS

kfd

*leidenschaftlich
glauben und leben*



Grundlagen

Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz sind Themen, die Frauen in der kfd bewegen und alle Menschen und die gesamte Schöpfung betreffen.

Die kfd legt mit diesem Papier Anregungen für das verbindliche Handeln und Erwartungen an die Gestaltung verschiedener Politikbereiche vor.

„Wir engagieren uns für gerechte, gewaltfreie und nachhaltige Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Einen Welt“, so steht es im Leitbild der kfd. Damit handelt die kfd ausdrücklich im Sinne der Aussagen und Ziele der Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus. Die kfd unterstützt die Beschlüsse der

Vereinten Nationen zu den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) und das Weltklimaabkommen von Paris¹.

Die kfd fordert mit diesem Positionspapier alle Bürger*innen und Politiker*innen zu entschlossenem Handeln auf, um den Klimawandel zu begrenzen und nachhaltige und gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit zu ermöglichen.

Frauen sind weltweit von Klimawandel und ungerechten Handelsbedingungen betroffen. Sie spüren als Produzentinnen und Konsumentinnen sowie in ihren Lebensräumen eine Verschlechterung der Umweltbedingungen – sie sind zudem Akteurinnen des Wandels.

Frauen und Männer haben durch ihr alltägliches Handeln und ihren Konsum, bei der Nahrungszubereitung und Reinigung, durch ihr Wohnen und Mobilitätsverhalten sowie bei der Mülltrennung als Einzelne wesentlichen Einfluss auf die Umwelt. Insofern ist das private Handeln immer auch politisch.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit den globalen Ressourcen ebenso wie die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen und Mädchen. Das sind zentrale Kriterien für nationale und internationale Politik. Die bestehenden – allein auf materielles Wachstum und Gewinn ausgerichteten – globalen Produktions- und Machtverhältnisse müssen mit der Notwendigkeit von Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung in Einklang gebracht werden. Das erfordert konsequentes politisches Handeln der und des Einzelnen, aller gesellschaftlichen Akteur*innen, der Bundesregierung, der Europäischen Union bis hin zur Weltgemeinschaft.

Die kfd trägt mit Projekten und Bildungsarbeit, politischer Lobbyarbeit sowie mit praktischen Beispielen dazu bei, das Bewusstsein der Mitglieder zu verändern und für ein faires, nachhaltiges und geschlechtergerechtes Handeln zu werben. Ziel ist die Neuausrichtung des Lebensstils an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit. Sie verpflichtet sich selbst zu hohen Nachhaltigkeitsstandards und schreibt ihre Umwelterklärung² sowie ihre ökofaire Beschaffungsordnung für die Bundesgeschäftsstelle kontinuierlich fort.

Gleichzeitig setzt sich die kfd für notwendige politische Schritte ein, ohne die individuelle Verhaltensänderungen nicht wirksam werden. Die kfd erwartet von der Bundesregierung, dass Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit unverzüglich als verbindliche Querschnittsaufgabe und grundlegendes regelmäßig zu evaluierendes Ziel des politischen Handelns in allen politischen Entscheidungen verankert und zum Bildungsziel in allen Bildungsbereichen erklärt werden.

Die kfd sieht eine besondere Verantwortung



... für faire und nachhaltige Arbeitsbedingungen weltweit



... für eine nachhaltige Landwirtschaft



... für Klimagerechtigkeit und eine sozial gerechte Energiewende



... für ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept



... für Ressourcen- und Umweltschutz durch Abfallvermeidung





Was die kfd macht:

In den letzten 40 Jahren hat sich der Faire Handel zur echten Alternative zum konventionellen Handel entwickelt.

- Die kfd unterstützt den Fairen Handel⁴ als Modell eines gerechten und geschlechtersensiblen Wirtschaftens mit vielfältigen Aktionen, Bildungsmaßnahmen und der Mitarbeit in Weltläden.
- Sie wirbt auf allen Verbandsebenen dafür, fair gehandelte und nachhaltig produzierte Produkte bei ihren Veranstaltungen anzubieten und empfiehlt den entsprechenden Gremien Selbstverpflichtungen zu verabschieden.

Was die kfd von der Politik erwartet:

Die kfd erwartet von der Politik⁵ einen wirksamen gesetzlichen Rahmen, damit Unternehmen soziale und ökologische Standards weltweit einhalten. Rein freiwillige Verpflichtungen reichen nicht aus.

- Es braucht gesetzliche Regelungen, um die Unternehmen zu verpflichten, entlang der gesamten Produktionsketten (vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt) für faire und nachhaltige Arbeits- und Produktionsbedingungen zu sorgen.
- Gleichzeitig braucht es Transparenz für die Verbraucher*innen, damit sie sozial gerecht und nachhaltig produzierte Ware erkennen können. Dazu sind Siegel und Kennzeichnungen notwendig, die gesetzlich verankert sind und die nachprüfbar Produktionsstandards garantieren.

Für faire und nachhaltige Arbeitsbedingungen weltweit

In Zeiten des globalen Handels werden viele Rohstoffe und Güter aus Ländern anderer Kontinente eingeführt und gehandelt. Gelten in Deutschland in der Regel hohe Umwelt- und Sozialstandards sowie Arbeitsschutzbestimmungen, so bezieht sich das nicht auf die importierten Güter und Rohstoffe. Immer wieder wird über gravierende Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung in der Produktion (z.B. im Textilsektor) berichtet.³ Durch den Kauf von Konsumgütern, die in globalen Produktionsketten hergestellt werden, tolerieren Konsument*innen die Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards.



Für eine nachhaltige Landwirtschaft

Die moderne Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Sie soll die Ernährung sicherstellen und die Umwelt schonen, sie soll die biologische Vielfalt erhalten und das Wohl der Tiere berücksichtigen. Landwirtschaft ist für die Versorgung mit guten und sicheren Lebensmitteln ebenso unverzichtbar wie für die Erhaltung der Umwelt und Lebensqualität im ländlichen Raum. Weltweit leben 70 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die kleinbäuerliche Produktionsweise in Entwicklungsländern wird in erheblichem Maße von Frauen geleistet. Sie sind direkt von der Zunahme extremer Wetterereignisse oder anderen Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

Ziel ist, die Ernährungssouveränität der Menschen und der Staaten zu stärken sowie gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer in der Landwirtschaft zu ermöglichen. Das Recht auf Nahrung gilt für alle Menschen. Dazu muss der globale Handel mit Agrarprodukten neu geordnet werden. Weder die Existenzgrundlagen der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland noch die Märkte von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern dürfen durch rein profitorientierte Agrarmaßnahmen zerstört werden. Die globale Verantwortung gilt für alle Verarbeitungsstufen der Wertschöpfungskette.

Wir wissen, dass bestehende Strukturen im globalen Handel mit Agrarprodukten und in der landwirtschaftlichen Produktion nicht ohne Interessenskonflikte zu verändern sind. Wir sehen Probleme in folgenden Bereichen:

Die kfd betrachtet den Anbau von Soja, Raps oder Palmöl als sogenannte „Energiepflanzen“ kritisch, denn die Anbauflächen stehen in der Folge nicht mehr zur Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Landwirtschaft soll in erster Linie Menschen ernähren.

Mit Sorge beobachtet die kfd die weltweit ökologisch problematische und menschenrechtlich bedenkliche großflächige Entwicklung von Monokulturen sowie die ökologisch und ethisch fragwürdigen Großbetriebe zur Fleisch- und Milchproduktion.

Was die kfd macht:

Die kfd setzt sich für eine Landwirtschaft ein, die ihrer globalen Verantwortung und der Nachhaltigkeit gerecht wird.

- Sie informiert und wirbt dafür, dass ihre Mitglieder beim Nahrungsmittelkauf auf faire und nachhaltige Produktion achten, lokal produzierte, regionale und saisonale Lebensmittel bevorzugen und ihre Ernährungsgewohnheiten nach Nachhaltigkeitskriterien ausrichten (z.B. weniger Fleischkonsum).
- Sie klärt Verbraucher*innen auf, dass fair und nachhaltig hergestellte Produkte unter Umständen etwas teurer als konventionell produzierte Waren sind.
- Sie unterstützt die vielen Landwirt*innen und stärkt sie in ihrem Bestreben, Familienbetriebe zu erhalten.



Was die kfd von der Politik erwartet:

- die Ausrichtung der Politik am Prinzip der Ernährungssouveränität aller Menschen und Staaten.
- die Förderung einer Landwirtschaft, die die Qualität von Flächen, Böden und Gewässern bewahrt und verbessert und die biologische Vielfalt erhält.
- die Änderung der Rahmenbedingungen insbesondere der EU-Agrarpolitik, damit kleine und mittlere landwirtschaftliche Familienbetriebe als wirtschaftliches Rückgrat der ländlichen Räume ein existenzsicherndes Einkommen haben. Dies gilt national wie international.
- die Umwidmung der Agrarsubventionen weg von klimaschädlicher Landwirtschaft hin zur Förderung einer klimafreundlichen landwirtschaftlichen Produktion.
- die Förderung des schrittweisen ökologischen Umbaus der Landwirtschaft.
- die Einführung einer gesetzlich verankerten und transparenten Kennzeichnung für faire und nachhaltig produzierte Lebensmittel. Der ökologische Fußabdruck und die sozialen Auswirkungen eines Produktes müssen für Verbraucher*innen erkennbar sein.
- Anreize für eine Ernährungswende hin zu einer klimafreundlicheren und pflanzenorientierten Ernährung.





Für Klimagerechtigkeit⁶ und eine sozial gerechte Energiewende

Treibhausgasemissionen zu vermindern, ist erklärtes Ziel des Pariser Klimaabkommens. Dazu ist eine weltweite nachhaltige Entwicklung Voraussetzung, die allen Menschen auf der Erde Zugang zu sauberer, bezahlbarer Energie gewährt. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es zusätzliche verbindliche Maßnahmen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bedarf ehrgeizigerer Ziele und Maßnahmen, um die Erderwärmung auf max. 1,5° Celsius zu begrenzen. Notwendig ist neben dem Einsparen von Energie und der Steigerung der Energieeffizienz auch der Ausbau der erneuerbaren Energie. Hierzu bedarf es Veränderungen in vielen Bereichen: z.B. Wohnungsbau, Stadt- und Verkehrsplanung, industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Energiegewinnung, Arbeitsplatzgestaltung und Freizeitverhalten.

Leitlinien für eine sozial und ökologisch gerechte Energiewende sind:

- Transformation des Stromsektors mit Umstellung auf erneuerbare Energien
- Gestaltung des Strukturwandels vor allem in den Kohleabbaugebieten unter Berücksichtigung eines Interessenausgleichs zwischen Bürger*innen und Unternehmen
- Beteiligung von Bürger*innen an Standortentscheidungen
- Bezahlbarkeit von Strom für Privathaushalte, auch solche mit geringem Einkommen
- Vermeidung der Verlagerung der vielfältigen negativen Folgen des Kohleabbaus in andere Länder, auch die des globalen Südens
- Angemessene Berücksichtigung der Belange des Natur- und Artenschutzes

Was die kfd macht:

Die kfd informiert und regt zu Energieeinsparungen in allen Lebensbereichen an.

- Die kfd wirbt bei ihren Mitgliedern durch entsprechende Aufklärung für den Bezug von Ökostrom.
- Die kfd verpflichtet sich dazu, Investitionen und Geldanlagen an ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten, um Investitionen in klimaschädliche Energiegewinnung zu vermeiden.
- Die kfd fördert die Umweltzertifizierung weiterer Geschäftsstellen auf Diözesanebene und von Veranstaltungen.

Was die kfd von der Politik erwartet:

- die Entwicklung und Umsetzung europäischer und globaler Klimaschutzstrategien mit dem Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen
- die zügige Umsetzung des politisch beschlossenen Kohleausstiegs
- die Stärkung der dezentralen Energieversorgung und den Ausbau erneuerbarer Energien
- die Schaffung von Anreizen zur Einsparung von Energie und für mehr Energieeffizienz
- intelligente Infrastrukturen und kommunale Raumordnungsprogramme mit einer zukunftsweisenden Stadt- und Raumplanung, damit die Umgestaltung zu einer sauberen Energieversorgung gelingt



Für ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept



Nicht nur der Autoverkehr, sondern auch Schiffsverkehr und Flugreisen nehmen zu. Laut Klimaschutzplan müssen die Emissionen des Verkehrs bis 2030 um etwa 40 Prozent sinken. Diese Dekarbonisierung (= CO₂-Neutralität) des Verkehrs gelingt nur durch eine Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger mit einer umfassenden Verkehrswende und Investitionen in den Schienenverkehr. Um die Zukunft ökologisch und sozial lebenswert zu gestalten, muss ein Umdenken in der Verkehrsplanung stattfinden. Der öffentliche Nahverkehr muss auch im ländlichen und strukturschwachen Raum ausgebaut werden. Insgesamt wird nur eine generelle Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt die derzeit beruflich und privat praktizierte Form der Mobilität reduzieren.





Was die kfd macht:

- Die kfd gibt dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bahnreisen vor PKW-Fahrten und Flugreisen Vorrang und plant ihre Veranstaltungen dementsprechend.
- Sie wirbt für eine kritische Reflexion des eigenen Mobilitätsverhaltens und regt an, Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad oder ÖPNV zurückzulegen. Sie wirbt dafür, Urlaubsziele nach der klimaneutralen Erreichbarkeit auszusuchen und auf Flugreisen und Kreuzfahrten zu verzichten.⁷

Was die kfd von der Politik erwartet:

Die kfd erwartet von der Politik konkrete Schritte in Richtung eines nachhaltigen Verkehrskonzeptes. Die Bevorteilung des motorisierten Individualverkehrs muss beendet werden. Der Ausbau des emissionsarmen Verkehrs muss gefördert werden.

Die kfd setzt sich ein für:

- den vorrangigen Ausbau emissionsarmer Verkehrsnetze, insbesondere die Förderung von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen durch sichere Fuß- und Radwege
- die intelligente Bepreisung von CO₂,⁸ die die gesamtgesellschaftlichen und ökologischen Kosten z.B. von Flug- und Schiffsreisen besser wiedergibt.
- Eine klimagerechte Reform der Besteuerung von Dienstwagen und eine Abschaffung der Subventionen des Flugverkehrs
- verbindliche und ambitionierte Vorgaben zur CO₂-Verringerung für die Autoindustrie



Für Ressourcen- und Umweltschutz durch Abfallvermeidung

Abfall ist die Schattenseite unserer konsumorientierten Lebensweise. Pro Jahr und Kopf steigt in Deutschland die Menge an Verpackungsmüll.⁹ Schwer abbaubare Kunststoffe, gefährliche Schwermetalle, Elektroschrott und nicht reparierbare Geräte landen im Abfall. Atom-müll gefährdet die Zukunft. Die Lebensgrundlage nachfolgender Generationen kann nur gesichert werden, wenn in Kreislaufzyklen gedacht und Müll vermieden wird, Produkte mehrfach wiederverwertet werden und Recycling ausgebaut wird.

Was die kfd macht:

- Die kfd wirbt dafür, überflüssige Verpackungen zu vermeiden sowie umweltschonende Alternativen einzusetzen.
- Die kfd regt zu kritischem Hinterfragen des eigenen Konsums an. Sie bevorzugt langlebige, wiederverwertbare und reparierbare Produkte und fördert Recycling und Upcycling-Projekte.

Was die kfd von der Politik erwartet:

- die effektive Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung und deren gesetzliche Verankerung sowie die Erhöhung der Kaskadennutzung¹⁰
- die Förderung der Reparierbarkeit von Gebrauchsgütern und Sanktionen auf geplanten Verschleiß von Geräten
- die sinnvolle Reduzierung der Herstellung von Einwegprodukten
- die fachgerechte und schadenfreie Entsorgung von Fahrgütern und Sondermüll auf Kosten der Verursacher*innen

Die Zeit zum Handeln ist jetzt!

Die Sorge um unser gemeinsames Haus treibt uns an. Die Zeit zum Handeln ist längst gekommen.

„Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen, denn wir wissen, dass sich die Dinge ändern können.“ (Enzyklika „Laudato Si“, 13)



Einstimmig beschlossen von der kfd-Bundesversammlung am 21. Juni 2019.



- ¹ Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 202 Enzyklika 'Laudato Si' von Papst Franziskus, 24. Mai 2015
Resolution der UN-Generalversammlung vom 25. September 2015 „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, www.un.org
Pariser Abkommen (Anm. 1), Artikel 2.1 (a) der 21. UNFCCC-Vertragsstaatenkonferenz:
<https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/10a01.pdf>
- ² Die Umwelterklärung der kfd wurde 2016 erstellt, veröffentlicht auf: www.kfd-bundesverband.de/umwelterklaerung
- ³ Zu beklagen sind insbesondere Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wie deutlich niedrigere Löhne für Frauen und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz, Zwangs- und Kinderarbeit, die Verletzung der Versammlungsfreiheit, überlange Arbeitszeiten am Tag bzw. in der Woche, die Verweigerung eines Lohns, der garantiert, dass die Grundbedürfnisse befriedigt werden können (living wage), die Verletzung des Rechts auf Urlaub, Mindestlohn und mangelnder Arbeitsschutz.
- ⁴ TransFair (Verein zur Förderung des Fairen Handels) wurde 1992 gegründet. Die kfd ist seitdem Mitglied. Mit einem eigenen Kaffee stärkt die kfd Produzentinnen in Mexiko.
www.fairtrade-deutschland.de
- ⁵ 2016 hat die Bundesregierung den nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet.
<https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/wirtschaft-menschenrechte.html>
- ⁶ „Klimagerechtigkeit“ bedeutet, jedem Menschen auf der Erde unabhängig von nationaler Zugehörigkeit, Alter, Geschlecht, Rasse und Religion gleiche Nutzungsrechte an der Atmosphäre zuzugestehen, wobei die Gesamtbelastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen so zu begrenzen ist, dass die mittlere globale Erwärmung auf maximal 2° Celsius beschränkt bleibt, nach Möglichkeit aber 1,5° Celsius nicht übersteigt.
Zitiert nach: Richard Brand und Thomas Hirsch: Was heißt Klimagerechtigkeit? Veröffentlicht in: Jahrbuch Gerechtigkeit V, Menschen – Klima – Zukunft? Glashütten 2012, S. 62-71
- ⁷ Alternativ können Ausgleichszahlungen für den CO₂-Ausstoß geleistet werden. Solche Kompensationszahlungen sind z.B. bei Klimakollekte www.klima-kollekte.de oder Atmosfair www.atmosfair.de möglich.
- ⁸ Siehe ausführliche Erklärung unter:
www.bundestag.de/resource/blob/550274/7b763d22a15c1bd90a307e8c1dc8b808/wd-5-022-18-pdf-data.pdf
- ⁹ In 2018 lag die Menge pro Einwohner*in bei 220 Kilogramm pro Jahr. Aus 2018_vzvb_faktenblatt_verpackungsmuell.pdf siehe www.vzbv.de/dokument/faktenblatt-zu-verpackungsmuell
- ¹⁰ Mehrfachnutzung eines Rohstoffs über mehrere Stufen. Im Regelfall umfasst eine Nutzungskaskade dabei eine einfache bis mehrfache stoffliche Nutzung mit abnehmender Wertschöpfung sowie eine abschließende energetische Nutzung oder eine Kompostierung des Rohstoffs. Beispiel Holz: zunächst die Nutzung als Industrirohstoff, später zur Energiegewinnung.

Impressum:

Positionspapier der kfd
nachhaltig und geschlechtergerecht weltweit

Zu beziehen bei Helga Schnorbus

Tel. 0211 44992-86

Fax 0211 44992-52

E-Mail: shop@kfd.de

Herausgeberin:

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Bundesverband e.V.

Prinz-Georg-Straße 44

40477 Düsseldorf

Tel. 0211 44992-0

Fax 0211 44992-78

E-Mail: info@kfd.de

www.kfd.de

Fotos: ©iStock by gettyimages

Druck: ALBERSDRUCK GmbH & Co. KG,

Leichlinger Straße 11, 40591 Düsseldorf

1. Auflage, Juli 2019





**KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS**

*leidenschaftlich
staben und leben*